

140 Jahre VORWÄRTS - Eine Einführung in die Geschichte des VORWÄRTS und der sozialdemokratischen Presse im Land

**Gehalten zur Eröffnung der Ausstellung "140 Jahre VORWÄRTS"
im Gewerkschaftshaus Kiel, Legienstr. 22, am 20. Februar 2017**

Michael Legband, Journalist und Autor

Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Genossinnen und Genossen – und hier im Gewerkschaftshaus sage ich natürlich besonders gerne: liebe Kolleginnen und Kollegen!

Vorweg sei mir eine persönliche Bemerkung erlaubt: Es ist für mich eine große Ehre, an dieser historischen Stelle sprechen zu dürfen. Manchmal habe ich den Eindruck, dass sich in Kiel und Schleswig-Holstein viel zu wenig Menschen bewusst sind, dass dieser Ort mit der deutschen Geschichte und der Demokratieentwicklung aufs Engste verbunden ist. Und weil das so ist, finde ich es besonders gut, dass Dein Vorgänger, lieber Frank Hornschu, die Kraft aufbrachte, dieses Haus zu sanieren und hier diese Räumlichkeiten zu schaffen. Ralf Müller-Beck sei Dank! In einem meiner Bücher habe ich ja mal die Bedeutung des Gewerkschaftshauses für Kiel und die Arbeiterbewegung aufgeschrieben.

Als mich Bernd Löwner vor einiger Zeit fragte, ob ich bereit sei, zum *Vorwärts*-Jubiläum und der damit verbundenen Ausstellung zu sprechen, liebe Freundinnen und Freunde, da hatten wir noch einen anderen amerikanischen Präsidenten. Heute – im Zeitalter der Fake News und der alternativen Fakten – wissen wir klassisch agierende Medien plötzlich wieder zu schätzen. Es ist erstaunlich, dass gerade jetzt in den USA die großen Zeitungen Lesерzuwächse ohne Ende verzeichnen. Immer mehr Menschen haben Sehnsucht nach gut und zuverlässig recherchierten Printprodukten. Das macht Hoffnung in schwierigen Zeiten.

All den Zeitgenossen jüngerer Bauart rufe ich von dieser Stelle zu: Kostenfreie Nachrichten auf Facebook reichen nicht. Journalismus kostet Geld. Beim Coffee to go wird schließlich auch Wert auf Qualität gelegt. Das gleiche sollte für geistige Nahrung gelten.

Meine Damen und Herren, wer eine funktionierende Demokratie will, der muss auch Ja sagen zu einem guten Journalismus. Egal, ob Print oder elektronisch. Das geht nicht anders. Journalismus und Demokratie gehören zusammen. Auch wenn sich Politiker und Journalisten immer wieder in einem Spannungsverhältnis befinden. So ist das nun mal. Auf beiden Seiten braucht es starke Charaktere.

Und da bin ich dann auch schon beim *Vorwärts*.

Zuerst einmal will ich hier anlässlich von inzwischen 141 Jahren Zeitung meinen Respekt ausdrücken und mich vor der kollektiven Leistung der vielen Redaktionen schlicht und

einfach in Demut verbeugen. Egal, wie man zu Parteizeitungen stehen mag – ich sage zu dem Spannungsfeld Parteien und Journalismus gleich noch etwas – es kann von uns hier kaum beurteilt werden, was es hieß, unter der Knute des Sozialistengesetzes und später gegen die braunen Horden von SA und NSDAP seine Zeitung herauszubringen und an die Leserschaft zu liefern. Geschweige denn die Exil-Ausgaben während der Nazizeit, die nach Deutschland unter Lebensgefahr geschmuggelt wurden. Dank all den tapferen Frauen und Männern, die noch mit Feder und Druckerschwärze für ein besseres Deutschland kämpften, als andere willfährig die Anweisungen aus dem Hause Goebbels umsetzten.

Als in den 1940er Jahren der *Vorwärts* in Deutschland wieder an den Start ging, kamen dann andere Herausforderungen auf die Blattmacher zu. Dazu später mehr.

Ich will jetzt weder die komplette Geschichte des *Vorwärts* noch die eindrucksvollen Seiten, die diese Ausstellung prägen, herunterbeten. Lesen kann ja schließlich jeder selber. Erlaubt mir, dass ich mich auf einige Eckdaten zum *Vorwärts* und seiner so ungemein langen wie aufregenden Geschichte beschränke:

Anfangszeit

Die erste Ausgabe der in Leipzig als *Zentralorgan der Sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands* gegründeten Zeitung erschien am 1. Oktober 1876. Der *Vorwärts* (Untertitel *Central-Organ der Sozialdemokratie Deutschlands*) erschien unter der Leitung von Wilhelm Liebknecht und Wilhelm Hasenclever zunächst dreimal in der Woche.

Einer der berühmtesten Autoren der Anfangszeit war Friedrich Engels. Er veröffentlichte bedeutende Werke zum Marxismus. Damals gab es schon viel Richtungsstreit, das Dauerthema wird bleiben. Mehr Partei oder mehr Zeitung? Immer wieder die Diskussionen um weniger Fremdwörter und mehr volkstümliche Schreibe. August Bebel brachte es schon damals auf den Punkt: "Da muss Debatte und auch ein bisschen Krakeel sein". Das erinnert mich übrigens fatal an viele Diskussionen bei den Jusos in den 1970er Jahren, wenn ich mir diesen Einschub erlauben darf.

Dann kam das Sozialistengesetz von Bismarck. Das "Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie". Der *Vorwärts* wurde verboten. Das war im Oktober 1878. Bereits 1879 erschien er wieder – illegal in Zürich unter dem Titel *Der Sozialdemokrat* produziert.

Mit dem Ende des Sozialistengesetzes erschien am 1. Januar 1891 die Zeitung wieder in Deutschland. Sie hieß jetzt *Vorwärts – Berliner Volkszeitung, Central-Organ der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*. Die Redaktionen versuchten Bismarck zu stürzen. Auch bereits früh versuchten die Blattmacher sich im Kampf gegen den Paragraphen 175. 1902 veröffentlichte der *Vorwärts*, dass Friedrich Alfred Krupp homosexuell sei. Dies führte übrigens auch zu heftiger Kritik aus dem damaligen SPD-Vorstand an der Redaktion. Diese verschärfte sich noch, als Krupp den Freitod wählte. Damit hatte die Redaktion nicht

gerechnet und war sichtlich betroffen. – Der § 175 wurde übrigens erst 1994 gestrichen.

Erster Weltkrieg und Revolution, Machtergreifung der NSDAP

Im Ersten Weltkrieg gab es so eine Art Gratwanderung zwischen unabhängiger Berichterstattung und Anpassung an die Zensurvorschriften. Um 1915 stellte sich der *Vorwärts* gegen die Mehrheit der eigenen Partei und ihrer Reichstagsfraktion. Sie unterstützte eine Distanzierung von der Kriegspolitik und stellte sich damit an die Seite von 20 Abgeordneten. Der Parteivorstand schickte eine Art Kontrolleur, wie es damals hieß. Das war Friedrich Stampfer, der den *Vorwärts* nach Kriegsende auf einen parlamentarischen Kurs ausrichtete.

Natürlich begleitete der *Vorwärts* den Matrosenaufstand und die Revolution. Am 9. November 1918 stand im *Vorwärts*: "Der Kaiser hat abgedankt! Endlich!" – Die SPD wurde erstmals Regierungspartei.

Der *Vorwärts* unterstützte die Wahl der Verfassungsgebenden Nationalversammlung. Gleichzeitig bekämpfte er die Ziele und Methoden des Spartakusbundes. Das Freikorps Potsdam beendete 1919 die Besetzung durch Kommunisten. Stampfer blieb, mit einer kurzen Unterbrechung aus Protest gegen die Unterzeichnung des Versailler Vertrages, Chefredakteur bis 1933 und auch in der anschließenden Emigrationsphase in Karlsbad.

Die Weimarer Republik ist für den *Vorwärts* so etwas wie die goldenen Jahre. Es gibt Morgen-, Mittags- und Abendausgaben. Die Auflagenhöhe liegt bei 300.000 Exemplaren. Neben Politik bestimmen Kulturberichterstattung und Karikaturen das Blatt. Kurt Tucholsky, Joseph Roth, Käthe Kollwitz beziehen im *Vorwärts* Stellung, um nur einige zu nennen.

Kurz nach der Machtergreifung Hitlers wurde der *Vorwärts* erneut verboten. Vorerst zum letzten Mal erschien er am 28. Februar 1933.

Der *Vorwärts* im Exil

Schon im Juni 1933 gab der ins Prager Exil geflüchtete Parteivorstand unter dem Titel *Neuer Vorwärts* wieder eine wöchentlich erscheinende Zeitung heraus. Die Nazis übten Druck auf die tschechoslowakische Regierung aus. So wurde der Sitz der Redaktion 1938 nach Paris verlegt, wo der *Neue Vorwärts* bis zum Einmarsch der deutschen Truppen im Mai 1940 erschien.

Wiedergründung

Im September 1948 wurde die erste Ausgabe nach dem Krieg veröffentlicht. Sozusagen die Wiedergeburt. Jetzt erneut als *Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands*, allerdings nicht unter dem alten Titel *Vorwärts*, sondern unter dem im Exil entstandenen

Namen *Neuer Vorwärts*.

Der alte Titel – mit dem Untertitel *Berliner Volksblatt* – erschien ab 9. April 1946 zunächst als Tageszeitung des sogenannten Organisationsausschusses Groß-Berlin der SPD und KPD, der die Zwangsvereinigung von SPD und KPD zur SED vorbereitete. Nach deren Vollzug war er Abendzeitung der Berliner SED-Bezirksleitung und wurde anschließend von 1950 bis 1958 für die Montagsausgabe des *Neuen Deutschland* verwendet.

Am 11. September 1948 kam in den Westzonen der *Vorwärts* unter dem Titel *Neuer Vorwärts* auf den Markt. Es begann schwierig, was die Genehmigungen durch die Alliierten anbelangte. Und als die Produktion dann lief, war allen Mitarbeitern klar, dass es sich bei den *Vorwärts*-Redakteuren eher um Angestellte des Parteivorstandes als um kritisch-distanzierte Beobachter handelt. Als Chefredakteur Gerhard Gleissberg sich gegen die Wiederbewaffnung aussprach, flog er. Da ist es wieder, das alte Problem von Parteizeitungen.

Vorwärts heißt die Zeitung eigentlich erst wieder seit dem 1. Januar 1955. Mit dieser Umbenennung trennte sie sich auch von der Bezeichnung *Zentralorgan* und nannte sich fortan *Sozialdemokratische Wochenzeitung*. Sitz der Redaktion war seitdem Bonn.

Wandel zur Mitgliederzeitung und zum Monatsblatt für soziale Demokratie

Doch die Parteizeitung hat es schwer sich, am Markt zu behaupten. Immer wieder wird über Konzeptänderungen beraten. In den 1970er Jahren eskaliert erneute die Frage rund um die innerparteiliche Pressefreiheit. Da geht es sehr ruppig zu: Willy Brandt, Herbert Wehner und Heinz Kühn verlangen mit durchaus barschen Worten Parteidisziplin von der Redaktion. Von Kühn ist der Satz überliefert: "Wer zahlt, bestimmt die Musik".

Es erfolgt die Umstellung auf ein neues Format. Zehn Jahre später mutiert der *Vorwärts* zum Magazin. 1982 setzen sich viele vernunftbegabte Spitzengenossen, darunter auch Björn Engholm, unter der Führung meines alten Freundes Klaus Staeck und seiner "Aktion für mehr Demokratie" für den Erhalt des *Vorwärts* ein. Änderungen im Erscheinungsbild und ständig neue redaktionelle Konzepte bringen keinen Erfolg mehr. Was muss das für eine schwierige Situation auch für die Mitarbeiter gewesen sein – ständig Diskussionen über Neuausrichtung oder Einstellung des Blattes. Kreativität fördert derartiges Führungsverhalten nicht. Aus dieser Zeit stammt auch der Spruch: "Ich arbeite lieber bei einem ordentlichen Kapitalisten, da weiß ich, was ich habe!" So ging es vielen damals. Und da war ja auch was dran. Kapitalist war ja nicht gleich Kapitalist.

Am 31. Januar 1989 entschied sich der SPD-Parteivorstand, den wöchentlich erscheinenden *Vorwärts* aus Kostengründen einzustellen. Doch dessen Redakteure und Mitarbeiter wollten weitermachen. 1989, nachdem die Auflage längere Zeit unter 50.000 Exemplare gesunken war, kam das Ende der Wochenzeitschrift: Der *Vorwärts* wurde mit dem *Sozialdemokrat*-Magazin zum Mitgliedermagazin verschmolzen und erschien nun monatlich unter dem Titel *Vorwärts / Sozialdemokratisches Magazin*.

1994 erfuhr der *Vorwärts*, der als Mitgliedermagazin eine Auflage von über 800.000 Exemplaren erreichte, erneut eine grundlegende Überarbeitung. Das Konzept des Verlagskaufmanns Jens Berendsen und des 2002 tödlich verunglückten Journalisten Frank Suplie, beide übrigens aus Elmshorn, sah weiterhin eine monatliche Erscheinungsweise vor, jedoch wieder im Zeitungsformat und mit einer moderneren, farbigen Aufmachung. Seit 2015 erscheint das Blatt nur noch sechsmal im Jahr. Die Auflage liegt bei rund 500.000 Exemplaren.

Jetzt ist der *Vorwärts* eine Mitgliederzeitung. An die bewegten Zeiten erinnert der traditionsreiche Titel. Das muss nicht automatisch schlecht sein. Zeiten wandeln sich. In meinen Zeiten als Journalist und auch als Pressesprecher der Industrie- und Handelskammer – wo ich immerhin auch das größte Wirtschaftsmagazin im Lande zu verantworten hatte – habe ich mich mit meinem parteipolitischen Engagement zurückgehalten. Das wäre aus meiner Sicht nicht gegangen, so schön die vorherige Zeit des ehrenamtlichen politischen Engagements auch war. In dieser Zeit war der *Vorwärts* für mich eine ganz schöne Lektüre. So konnte ich mich ein wenig über Diskussionen und Personalien auf dem laufenden halten. Jetzt als Ruheständler befinde ich mich noch in der parteipolitischen Resozialisierungsphase. Auch da ist der *Vorwärts* eine angenehme Lektüre.

Aus meiner Sicht verbindet sich mit einer Parteizeitung Chance wie Risiko. Einerseits festgelegt auf die Parteilinie, andererseits ein wenig freier von ökonomischen Zwängen. Aus meiner journalistischen Erfahrung kann ich klar sagen: Die Redaktion muss Debatten initiieren, die der SPD vielleicht auch mal weh tun oder die eine Partei so nicht führen kann. Der *Vorwärts* darf gegenüber der SPD nicht unkritisch daherkommen. Das habe ich schon als Volontär gelernt: Die beste Hofberichterstattung ist nicht unterwürfig genug. Dann lieber gleich klare Kante. Ärger hat man sowieso. Wie sagte ich eben: Journalismus braucht starke Charaktere.

Noch ein Wort weg vom einstigen Leitmedium *Vorwärts* hin zur SPD-Presse hier im Land. Mit spontanen Arbeitsniederlegungen in der Kieler Druckerei ging sozusagen die Geschichte der *Schleswig-Holsteinischen Volkszeitung* in den späten 1960er Jahren zu Ende. Es starb eine 1877 begründete Tradition. Die VZ hatte übrigens ihren Sitz in der Bergstr. 11 hier in Kiel. Andreas Gayk war einer der Lokalredakteure. Andere folgten. Ein Kolumnist war der legendäre Jochen Steffen. So hatte der "rote Jochen" es auch nicht leicht, als er als SPD-Landesvorsitzender sich für die Sicherung von Arbeitsplätzen einsetzte und bei der *Volkszeitung* das Gegenteil zu verantworten hatte. So ist das gelegentlich mit der Theorie und der Praxis.

Auch die Staatsanwaltschaft wurde in den 1960er Jahren aktiv. Nicht etwa wegen unbotmäßiger Inhalte. Nein, gegenüber den Anzeigenkunden wurde längere Zeit die Auflage massiv geschönt. Sie war inzwischen deutlich unter 50.000 gesunken. Die SPD subventionierte die *Volkszeitung* monatlich mit rund 80.000 Mark. Kein Geringerer als der Ex-Oberbürgermeister Karl-Heinz Luckhardt bewertete das Ende der VZ klar und deutlich: "Ursache des Niedergangs war vor allem, dass in guten Zeiten zu viel Geld aus dem Betrieb

herausgenommen und zu wenig zur Erhaltung der Wettbewerbsfähigkeit investierte wurde."

Die Anhänger der SPD wählten zwar in Kiel mit Mehrheit sozialdemokratisch. Aber nur eine ständig abnehmende Minderheit las noch die "eigene Zeitung". Die Folge: Monopolzeitung *Kieler Nachrichten*. Daran änderte weder ein für einige Zeit erscheinender Regionalteil in der *Hamburger Morgenpost* noch die von 1980 bis 1988 erscheinende Wochenzeitung *Kieler Rundschau* etwas. Das war ohnehin ein mit Idealismus und Selbstausbeutung betriebenes Blatt.

Die SPD und ihre Medien: Das, liebe Genossinnen und Genossen, ist ein weites Feld. Häufig geprägt von wirtschaftlichem Unverstand und redaktioneller Einmischung. Da finde ich das jetzige Konzept der SPD-Medienholding schon besser. Minderheitenbeteiligungen schützen zumindest vor unheilvollem Einfluss auf Redaktionen und können kaufmännische Entscheidungen kaum beeinflussen. Und so gehört ein Zipfelchen der *KN* jetzt wieder zur SPD – über die Beteiligung am Madsackverlag. So klein ist die Medienwelt geworden, möchte ich sagen.

Zurück zum *Vorwärts*, dessen Jubiläum wir heute hier feiern. Der *Vorwärts* hat sich im Laufe der Zeit immer wieder neu erfunden. Mal gucken, wo er landet. Vielleicht behauptet er sich irgendwann mal wieder im freien Wettbewerb. Wäre doch schön; auch ein Festredner darf Träume haben.

Wie dem auch sei: Wir feiern hier heute an historischer Stelle eine Zeitung, die das Sozialistengesetz, die barbarische Hitlerei und die Zwangsvereinigung von KPD und SPD überlebt hat. Der *Vorwärts* und die SPD gehören zusammen wie Ebbe und Flut oder wie Herz und Verstand. Möge die ewig wählende Quadratur des Kreises weiterhin gelingen: Kritisch, aber loyal – verbunden mit jeder Menge journalistischer Freiräume und viel Gedankenfreiheit. Das ist übrigens das beste Mittel gegen die vorhin bereits angesprochenen alternativen Wahrheiten.

Lasst mich Klaus Staeck zitieren: "Eine Partei, die ein Instrument aufgibt, mit dem sie zumindest versucht, die Öffentlichkeit zu erreichen, gibt sich auf."

Und Willy Brandt hat schon in der Debatte 1982 gesagt: "Ein Blatt, das Bismarcks Sozialistengesetz und den Nationalsozialismus überlebt hat, darf nicht sterben."

Nehmen wir beide Zitate mal als Vermächtnis und als Wechsel auf die Zukunft gezogen.

Und erlaubt mir bitte ein letztes von dieser Stelle: Nach Angaben von "Reporter ohne Grenzen" sind zur Zeit knapp 200 Journalisten weltweit inhaftiert. Davon allein 48 im NATO-Partnerland Türkei. Von 2005 bis Ende 2015 verloren insgesamt 787 Journalisten wegen ihres Berufs oder bei der Arbeit ihr Leben.

An die Inhaftierten wollen wir denken, die Verstorbenen nicht vergessen. – Danke!